Ausgabe 3 | 2011

KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin

Kopf frei für Veränderungen

C: DrAfter123, Text: Redaktion

Neue Sozialpolitik
Jetzt: Mindestlohn.
Morgen: Grundeinkommen!
Seite 2

Klarmachen zum Ändern
Die Grundsätze der Piraten im Überblick
Seite 3

Sozialsystem adé
Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung stellen den klassischen Sozialstaat in Frage
Seite 4

ReSET
Das Recht auf sichere Existenz und Teilhabe im Programm der Piraten
Seite 5

Vordenker
Prominente Meinungen zum Grundeinkommen
Seite 6

Lern uns kennen
Werde aktiv und unterstütze die Piraten im Wahljahr 2011
Seite 7

CC-BY-SA:Nina Paley, Übersetzung Redaktion

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org

PIRATEN PARTEI

Zweifelst Du auch daran, dass Vollbeschäftigung heute noch möglich ist? Und findest Du es auch seltsam, dass Leute, die vollbeschäftigt sind, davon nicht leben können? Und Du fragst dich, wie Du deine „atypischen Beschäftigungsverhältnisse“, die schon längst in dein Privatleben hineinwuchern, mit Kindern, Eltern, Beziehung zusammenbekommst?
Wir auch. Die Piraten machen sich Gedanken um die Zukunft von Arbeit, sozialer Sicherung, kurz unser zukünftiges Leben. Lass Dich überraschen!

Der Druck dieser Zeitung wurde durch Spenden von Piraten und Freunden ermöglicht.

Jetzt: Mindestlohn. Morgen: Grundeinkommen.

Piratischer Ansatz für eine neue Sozialpolitik von Alexander Spies, Kandidat für das Abgeordnetenhaus

Unglaublich aber wahr: Es gibt in Deutschland Erwerbstätige, die ihren Lebensunterhalt nicht von ihrem Einkommen bestreiten können.

Im Jahr 2009 erhielten mehr als 3% der Erwerbstätigen (ca. 1.3 Mio.) Lohnkostenzuschüsse von der Arbeitsagentur im Wert von über 10 Milliarden Euro (Quelle: sueddeutsche.de). Dabei ist lange nicht jeder bereit, einen Daten-Striptease bei der Arbeitsagentur vorzuführen. Die Friseurgesellin Nina M. (Name erfunden) lebt zum Beispiel noch bei ihren Eltern, da sie sich von ihrem Verdienst keine eigene Wohnung leisten kann. Statt zur Arbeitsagentur geht sie in ihrer Freizeit zu Bekannten Haare schneiden, um ihren Verdienst aufzubessern.

Friseurmeister Harry N. (Name erfunden) schimpft über das schlechte Geschäft. Seiner Meinung nach bleiben immer mehr Kunden weg, da die Einkommen sinken und Schwarzarbeit zunimmt. Deshalb gibt es auch nicht mehr Lohn für seine Mitarbeiter. Mindestlöhne, wie sie in fast allen europäischen Nachbarländern üblich sind, hält er für ein Werk des Teufels. Stimmt das?

Bei seiner Einführung im Jahre 1999 war der Mindestlohn auf den britischen Inseln ähnlich umstritten wie in Deutschland. Heute sind dort die kritischen Stimmen verstummt. Der Mindestlohn sichert nicht nur das Existenzminimum, sondern hat sogar Arbeitsplätze geschaffen. Auch wenn dies der Lehrbuchmeinung neoliberaler Ökonomie widerspricht, ist das in der Praxis leicht zu erklären.

Mindestlohn nützt allen!

Nach der Einführung des Mindestlohns erhalten Nina M. und ihre Kolleginnen ein deutlich höheres Einkommen. Nina zieht bei ihren Eltern aus und verbringt mehr Freizeit mit ihrem Freund, da sie nicht mehr zu Bekannten gehen muss, um ihren Verdienst aufzubessern. Auch Friseurmeister Harry N. ist zufrieden. Seine Kundschaft hat sich in kurzer Zeit verdoppelt, und er hat keine Probleme, seinen Mitarbeitern sogar mehr als den Mindestlohn zu zahlen. Er führt das vor allem auf die gestiegenen Einkommen zurück und wundert sich etwas darüber, dass auch die Schwarzarbeit abgenommen hat.

Der Mindestlohn verhindert, dass Erwerbstätige weniger als das Existenzminimum verdienen. Menschen, die keinen Arbeitsplatz besitzen, profitieren allerdings nicht davon. Die Arbeitsagentur wird die eingesparten Lohnkostenzuschüsse wahrscheinlich durch Beitragssenkungen an die Erwerbstätigen weitergeben, statt in die Förderung der Arbeitssuchenden zu investieren.

Die kaufmännische Angestellte Anna K. (Name erfunden) musste sich nach dem Tod ihres Ehepartners mit 58 Jahren dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Da sie sich in den vergangenen 30 Jahren ausschließlich um Haushalt und Kindererziehung gekümmert hat, gilt sie bei der Arbeitsagentur als schwer vermittelbar. Ein Computerkurs wird ihr verweigert, da die Mittel für Bildungsmaßnahmen gekürzt wurden.

Anna engagiert sich in der Kirchengemeinde für die Jugendarbeit, seit ihre eigenen Kinder aus dem Haus sind. Sie betreut regelmäßig eine Ferienfreizeit in Dänemark. Als sie der Arbeitsagentur ihre bevorstehende Abwesenheit ankündigt, wird ihr die Tätigkeit als ehrenamtliche Betreuerin untersagt. Begründung: Sie müsse dem Arbeitsmarkt ständig zur Verfügung stehen und könne deshalb nicht einfach herumreisen. Die Ferienfreizeit muss dann abgesagt werden, da sich in den Schulferien zu wenige freiwillige Betreuer finden lassen.

Anna freut sich auf die Beschäftigungsgelegenheit im Gartenbauamt, die ihr plötzlich vermittelt wird. Mit gewohnter Sorgfalt prüft sie die Kassenabrechnung des vergangenen Jahres und findet dabei einen Rechenfehler. Sie ist sehr verwundert, als ihr die vorgesetzte Verwaltungsangestellte sagt: „Das ist ein amtlich geprüftes Ergebnis und wurde von ihren Vorgängerinnen mehrmals bestätigt. Rechnen sie doch bitte richtig!“

Anna engagiert sich jetzt auch in der örtlichen Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dort arbeitet ein Diakon aus der Kirchengemeinde mit. Sie war bisher skeptisch, ob es vernünftig ist, allem Menschen ein Grundeinkommen zu zahlen ohne dafür eine Gegenleistung zu fordern. Der Diakon sieht das anders. Er weist darauf hin, dass es auch ein Gebot des deutschen Grundgesetztes ist, allen Menschen in seinem Geltungsbereich freien Zugang zu den lebensnotwendigen Ressourcen zu ermöglichen. Dazu gehören Luft, Wasser, Nahrung, Wohnung, Bildung und Kultur.

Mit einem Grundeinkommen könnten alle Menschen ein Leben ohne materielle Existenzangst führen. Anna ist davon überzeugt, dass jeder Mensch eine Aufgabe übernehmen kann, die nützlich für die Gemeinschaft ist. Die Arbeit im Haushalt, die Betreuung der Kinder, die Pflege von Angehörigen, Bildungserwerb oder Kulturschaffen. Es gibt viele wichtige Tätigkeiten, für die es bislang kein Einkommen gibt.

Wer sich auf die faule Haut legen will, kann das auch heute schon. Ein Grundeinkommen stärkt Freiheit und Selbstbewusstsein der Menschen, auch gegenüber den Unternehmen, die nach Mitarbeitern suchen. So bieten sich hier neue Möglichkeiten, ein weitaus höheres Einkommen oberhalb des Existenzminimums zu erzielen. Auch die Unternehmen profitieren davon, wenn niemand durch Existenznot gezwungen ist, eine Erwerbsarbeit zu suchen.

Anna weiß, dass es nicht von heute auf morgen ein Grundeinkommen geben wird. Ein erster Schritt wäre die Abschaffung der entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung sowie der Vermittlung sinnloser Arbeitsgelegenheiten und der Bespitzelung durch die Arbeitsagentur. Durch die Grundeinkommens-Initiative lernt sie Modelle für ein Grundeinkommen kennen, die von fachkundigen Ökonomen entwickelt wurden. Sie entschließt sich, auf jeden Fall zur nächsten Wahl zu gehen und dort für eine Partei zu stimmen, die sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einsetzt.

Klarmachen zum Ändern!

Mitmachdemokratie

Die Piratenpartei steht für einen neuen Ansatz in der Politik. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung der Bürger fördern und politische Prozesse transparent gestalten, auch in unserer eigenen Partei.

Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden Maßnahmen eingeführt, die weder real noch gefühlt Sicherheit bringen. Wir fordern den Schutz der Unschuldsvermutung und das Ende pauschaler Verdächtigung und anlassloser Überwachung.

Bildung

Bildung ist ein Grundbaustein des demokratischen Rechtsstaates. Deshalb fordern wir freien und unbeschränkten Zugang zu Wissen, verbunden mit gleichen Bildungschancen für alle Bürger. Das schließt auch die Abschaffung der Studiengebühren ein.

Transparenz

Politik wird von Lobbys gesteuert. Unternehmen beeinflussen Politiker und die Gesetzgebung maßgeblich. Diese Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen Nebentätigkeiten und daraus resultierende Einkünfte veröffentlichen.

Meinungs- und Informationsfreiheit

Dank des Internets hat der Meinungs- und Informationsaustausch Grenzen überwunden. Politiker fordern, diese Freiheit über das gesetzliche Maß hinaus zu begrenzen, auch wenn dadurch Grund- und Bürgerrechte eingeschränkt werden. Wir meinen, dass eine wirkliche Meinungsfreiheit nur möglich ist, wenn Staat und Internetanbieter keine Filter oder Sperrmechanismen einsetzen.

Pressefreiheit und Informantenschutz

Veröffentlichungen von streng geheimen Dokumenten haben Schlagzeilen gemacht – etwa über die Internetplattform Wikileaks. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag für Transparenz und Informationsfreiheit. Im Sinne einer freien Presse und einer informierten Gesellschaft mündiger Bürger wollen wir anonyme Informanten gesetzlich schützen.

Umwelt und Energie

Die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist die Grundlage für eine Existenz in Freiheit. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Ressourcen. Aus diesem Grund lehnen wir Atomkraft ab. Wir sind für eine Vielfalt an zukunftsfähigen und dezentralen Energiekonzepten und gegen Monopole auf dem Energiemarkt.

Familien- und Geschlechterpolitik

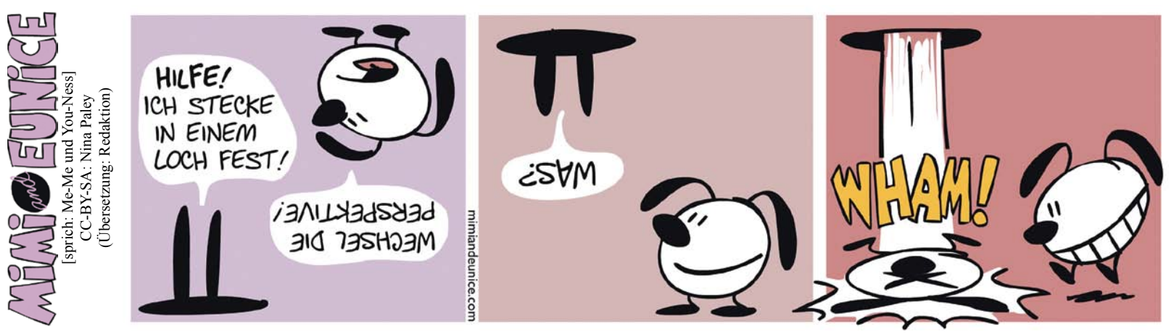
Eine zeitgemäße Familien- und Geschlechterpolitik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden. Deshalb setzen wir uns für freie Selbstbestimmung der sexuellen Identität ein. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder pflegebedürftige Menschen versorgt werden, verdienen besonderen Schutz.

Urheberrecht und Nutzungsrecht

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich zum reinen Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, Nutzer werden kriminalisiert. Deshalb unterstützen wir neue Geschäfts- und Verwertungsmodelle, die Urhebern mehr Kontrolle über ihre Werke geben und die Rechte von privaten Nutzern und Kreativen stärken.

Datenschutz

Staat und Privatwirtschaft sammeln immer mehr personenbezogenene Daten. Zum Schutz der Privatsphäre muss solch eine staatliche Sammelwut unterbunden werden.



Unser Sozialsystem ist in Schieflage

Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse stellen den klassischen Sozialtstaat in Frage

Als Reichskanzler Otto von Bismarck in den 1880er Jahren mit der Einführung der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung auf die steigende soziale Not der Arbeiterschaft reagierte, schuf er das heute noch gültige Modell des Sozialstaates, das von vielen anderen Ländern übernommen oder kopiert wurde. Damals funktionierte dieses System gut, da sich Versicherungsbeiträge und Leistungen die Waage hielten und nur minimale staatliche Zuschüsse erforderlich waren.

CC: Lisavan, Pirate Images

Heute ist die Situation eine völlig andere: Aus den Versicherungsbeiträgen können beispielsweise die Kosten der Arbeitslosigkeit schon lange nicht mehr bestritten werden; mehr als die Hälfte werden von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht. Bei den anderen Leistungsbereichen sieht es nicht besser aus. Kürzlich erst fehlten den Krankenkassen 10 Milliarden Euro, dann entstehen wegen der demografischen Veränderungen und der durch die Massenarbeitslosigkeit geminderten Einnahmen Defizite bei der Pflegeversicherung, das Rentenalter soll ebenfalls aus Finanzierungsproblemen erhöht werden undsoweiterundsoweiter.

Neu orientieren statt nur Löcher stopfen!

Die Sozialpolitiker versuchen die Löcher zu stopfen, statt einmal über grundlegende Neuorientierungen nachzudenken. Zudem macht sich bei den sogenannten „Sozialreformen“ der Eindruck breit, dass die Milliardenlöcher bei Wahnsinnsprojekten wie der Endlagerung in Gorleben, dem Stuttgarter Bahnhof oder der Bankensanierung ausgerechnet von den Ärmsten der Republik durch Leistungskürzungen getragen werden sollen. Wenn selbst so bescheidene Maßnahmen wie die zum 1. Januar 2011 geplante Erhöhung der Hartz IV-Bezüge um magere 5 Euro auf verfassungsrechtliche Bedenken stößt, stimmt etwas nicht.

Und welche Schäbigkeit spricht aus der Tatsache, dass im Jahre 2007 mit steigender Tendenz rund 500.000 EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe die Leistungen gesperrt wurden wegen „unzureichender Eigenbemühungen“ oder „Meldeversäumnissen“.

Die Existenzangst betrifft heute nicht mehr nur Arbeitssuchende. Die Zunahme von Arbeitsplätzen mit zu geringer Einkommenssicherheit bei Nichtselbstständigen und Selbstständigen, die prekären, d.h. schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnisse sind besorgniserregend. Dazu zählen Scheinselbstständigkeit, Ich-AG, Schwarzarbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Minijob, Ein-Euro-Job, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Generation Praktikum.

Einige Fakten zum Nachdenken

- Gesamtkosten der Arbeitslosigkeit 2007: **67,6 Milliarden Euro**
- Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger in Berlin 2009 (ohne Rentner): **21,3%**
- Anteil der befristet Beschäftigten unter 25 Jahren 2008: **48,6%**
- Beschäftigte in Mini-Jobs 2009: **7,3 Millionen**
- „Atypische Beschäftigung“ 2008: **12,107 Millionen**
- Zahl der Firmenkonkurse 2010 (geschätzt): **32.100 mit 240.000 Jobs**
- Beschäftigte in Kurzarbeit 2010: **486.421**
- Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit 2007: nur noch **41,7%** der Bevölkerung
- Armutsgefährdungsquote 2009: **14,6%** (in Berlin: **19%**)
- Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden mit Kindern 2007: **39%**

CC: Marie Geissler

Bedingungsloses Grundeinkommen in der Diskussion...

Aus der sozialpolitischen Misere könnte ein Finanzmodell führen, bei dem jeder Bürger eine bestimmte und gleiche finanzielle Zuwendung erhält, ohne dass diese Zahlung an bestimmte Bedingungen wie Bedürftigkeit oder Erwerbstätigkeit geknüpft ist. Das jedenfalls diskutieren immer mehr Wissenschaftler und Politiker als ernstzunehmende Alternative.

Das Konzept des Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) führt außerdem zu einem deutlichen Abbau von Bürokratie, denn die bisher aus Steuern gezahlten Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög oder Kindergeld würden in das Grundeinkommen eingerechnet und damit entfallen. Allein dieser Aspekt verdient Beachtung, denn die entwürdigenden Methoden der Überprüfung und Überwachung von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfe-Empfängern sind unerträglich.

Allerdings konkurrieren viele Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens wie das „Bürgergeld“ oder die „Negative Einkommensteuer“. Verschiedene Initiativen wollen das BGE stufenweise einführen, also beispielsweise zunächst für Geringverdiener oder Kinder und Jugendliche, um es dann nach und nach auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen. Unterschiedliche Meinungen gibt es auch bei der Frage der Finanzierung. Ein interessanter Ansatz sieht vor, die Einkommensteuer allmählich abzuschaffen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer zu erhöhen (näheres zu diesem Vorschlag siehe: *www.unternimm-die-zukunft.de*).

ReSET: Neustart in der Sozialpolitik

Interview Berliner Piraten nehmen das Bedingungslose Grundeinkommen ins Programm

Auf dem Bundesparteitag in Chemnitz (20./21.11.2010) wurde mit der Zustimmung zum Antrag von Georg Jähnig ein Beschluss zum Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, kurz ReSET, gefasst. Darin steht: „Die Piratenpartei setzt sich [daher] für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.“

Kaperbrief (KB): Georg Jähnig, siehst du die Annahme deines Antrags als Beschluss der Piraten für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)?

Georg Jähnig (GJ): Wir haben uns mit überwältigender Mehrheit für ein Ziel ausgesprochen, zu dem das BGE ein passendes Mittel sein kann, aber nicht muss. Ein anderes Mittel könnte z.B. eine bedingungslose Grundsicherung sein, die Leistungen nur an Menschen mit zu niedrigem Einkommen auszahlt.

Georg Jähnig (GJ), 30, lebt in Berlin, Programmierer und Student der Computerlinguistik, neben BGE auch Beschäftigung mit Kinderrechten und Demokratischen Schulen bei Krätzä.

Ich finde jedoch, dass in der sonstigen BGE-Diskussion eine Frage eigentlich die zentrale Rolle spielt: „Soll jeder Mensch in Würde leben können, egal was er tut oder was er lässt?“ Die Piraten haben hier mit deutlicher Mehrheit mit ja geantwortet. Im Übrigen halte ich die Frage nach „BGE ja oder nein?“ inzwischen für viel ungenauer als die Frage „Existenz und Teilhabe bedingungslos für jeden ja oder nein?“. Als BGE kursieren nämlich auch Modelle, deren Höhe und Ausgestaltung das nicht abdecken würde.

Frank Mai (FM): Das BGE wurde bundesweit noch nicht explizit beschlossen. Jedoch verabschiedeten die Berliner Piraten schon auf ihrer Landesmitgliederversammlung im Oktober 2010 ebenfalls fast einstimmig zusätzlich ein Positionspapier, in dem Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen gemäß der vier Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen aussprechen, nämlich, dass es eine existenz- und teilhabesichernde Höhe hat, ein individueller Rechtsanspruch besteht, keine Bedürftigkeitsprüfung anfällt und kein Zwang zur Arbeit besteht. Zu diesem Positionspapier kamen wir leider auf dem Bundesparteitag nicht mehr.

KB: Wie wollt ihr weiter vorgehen, damit das Grundeinkommen fester Bestandteil des Programms der Piraten wird?

GJ: Wir „BGE-Piraten“ wollen nun umfassend über die schon bestehende Modelle informieren, so dass vor allem erst einmal viele Unklarheiten und Missverständnisse beseitigt werden, die oft ums BGE kreisen. Einen Anfang macht ein sehr ausführliches Audio-Interview mit Ralph Boes, der alle Details des sogenannten „Konsumsteuer-Modells“ erklärt, das vor allem durch den Drogerieunternehmer Götz Werner bekannt wurde.

FM: Um die Diskussion darum, wie wir ReSET konkret umsetzen wollen, zu beleben, haben wir jetzt die AG ReSET gegründet, die die Seite www.projekt-reset.de betreibt. Hier wollen wir die wichtigen volkswirtschaftlich relevanten Daten sammeln, bestehende Konzepte von anderen Initiativen auswerten, eigene Ideen entwickeln und in Konzepte gießen. Wir arbeiten sowohl an der Ausformulierung eines auf einer Konsumsteuer basierenden Modells als auch an einem Modell mit Negativer Einkommenssteuer, bei dem das Grundeinkommen mit der Einkommenssteuer verrechnet wird.

CC-BY-SA: Jorges

KB: Die Presse hat den Beschluss sehr unterschiedlich interpretiert. Teils war von einer klaren Positionierung für das BGE die Rede, teils wurde gar ein Linksruck oder die Positionierung als linksliberale Partei ausgemacht. Wie seht ihr das?

Frank Mai (FM), 36, ist Mitglied der bundesweiten AG Bedingungsloses Grundeinkommen der Piratenpartei Deutschland und brachte das Thema in den letzten Monaten in der Partei entscheidend voran. Für ihn stehen sowohl das BGE als auch die Piraten für eine liberale und soziale Politik.

FM: Die Mitglieder der Piraten waren in ihrer Mehrheit meiner Ansicht nach schon immer eher im sozialliberalen Bereich, wenn man diese Positionsbeschreibung wirklich verwenden will. Es wurde nur noch nie so deutlich wie mit diesen Beschlüssen. Wir sind in gesellschaftlichen Fragen wie etwa der Queer- und Familienpolitik, der Suchtpolitik oder der Bildung deutlich liberaler als die Grünen, ganz zu schweigen von der FDP. Ich finde, eine wirklich liberale Bürgerrechtspartei, die ein gesellschaftliches Gewissen hat, hat diesem Land wirklich gefehlt.

GJ: „Links-ruck“ suggeriert ja, wir hätten unsere Positionen verändert. Aber gerade bei Sozialpolitik oder auch bei Familienpolitik hatten wir vorher gar keine Position im Programm - also konnten wir da auch nichts ändern. Vielmehr haben wir uns erweitert - unsere bisherigen Werte und Ansätze z.B. aus der Netzpolitik übertragen auf die neuen Bereiche.
Wenn es nun Menschen hilft, uns „linksliberal“ zu nennen, um uns besser einordnen zu können, dann will ich nichts dagegen haben. Ich selbst finde nur solche Begriffe sehr verkürzend und damit wenig hilfreich. Gerade die sehr vielfältige BGE-Szene zeigt, mit welchen verschiedenen Hintergründen Menschen sich zu einem Thema zusammenfinden können. Je komplexer die Welt und damit die zu treffenden politischen Entscheidungen werden, desto weniger kann man Politik mit solchen Etiketten einordnen. Deshalb setzen wir Piraten uns auch für mehr Direkte Demokratie und Liquid Democracy ein.

Links

Original-Antrag zu ReSET:
kaperbrief.org/reset
AG ReSET:
www.projekt-reset.de
Audio-Interview mit Ralph Boes:
kaperbrief.org/boes

Meinungen zum Grundeinkommen?

Wir geben unseren Senf dazu Diesmal von nicht ganz unbekannten Menschen...

„Doch gibt es einen Hinweis auf eine ganz andere Begründung für ein garantiertes Mindesteinkommen. Das ist die Begründung durch Staatsbürgerrechte: Wenn es nicht zu den Grundrechten jedes Bürgers gehört, dass eine materielle Lebensgrundlage garantiert wird, zerfällt die Staatsbürgergesellschaft…
Das garantierte Mindesteinkommen ist so notwendig wie die übrigen Bürgerrechte, also die Gleichheit vor dem Gesetz oder das allgemeine, gleiche Wahlrecht."

Ralf Dahrendorf
Soziologe, Politiker und Publizist

CC-BY-SA: Holger Noß

„Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die beste Natur in ihm regen soll!"

Friedrich Schiller
Dichter und Dramatiker

Gemälde: Ludovike Simanoviz

„Die Programme der Vergangenheit haben alle einen gemeinsamen Mangel – sie sind indirekt… Ich bin heute davon überzeugt, dass der einfachste Ansatz sich als der effektivste erweisen wird – die Behebung der Armut durch ihre indirekte Beseitigung mittels einer heute breit diskutierten Maßnahme: dem garantierten Einkommen."

Martin Luther King jr.
Bürgerrechtler

CC-PD:Dick DeMarsico/LoC

**Die Kaperbrief-Redaktion ist gespannt auf deine Meinung!
Schick deinen Senf an: info@kaperbrief.org**

Dieses Quadrat enthält einen zweidimensionalen **QR-Code** (**Q**uick **R**esponse), dessen Technik interessanterweise jeder verwenden darf, weil das Patentrecht von der Herstellerfirma nicht ausgeübt wird. Mit vielen Handys und PDAs kann man diesen Code auslesen und sich auf eine Website leiten lassen, wenn eine URL als entsprechende Information codiert wurde.
Unter der Webadresse **www.kaperbrief.org/a03**, die hier codiert wurde, findet man alle Links, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.

Aktuelle **Informationen über Treffpunkte und Aktionen** der Berliner Piraten wie Kaperfrühstücke in Parks, Kiezspaziergänge, Info-Stände, Demo-Teilnahmen gibt es über unsere

Info-Hotline: 030 377190090

Dabei sein statt nur dagegen.

Werde aktiv und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011!

Die Berliner Piraten freuen sich über jede Hilfe, ob physischer, geistiger oder finanzieller Art! Jeder Euro hilft uns beim Wahlkämpfen und ermöglicht weitere Kaperbriefe:

**Piratenpartei LV Berlin
Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank**

Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief, Name, Anschrift

Spendenquittung folgt!

Impressum

Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyleft:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Mitgliedsantrag

An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname | Name | Geburtsdatum

Anschrift | PLZ und Ort | Emailadresse

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max.825,- €) laut EstG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EstG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig.
Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschliesslich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechenschaftslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteiorgane sowie der Teilnahmeberechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort | Datum | Unterschrift des Antragstellers

Ort | Datum | Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.

Gestaltung: CC Thomas Schulte, Foto: Nimmerland, Photocase